

Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

VIERZEHNTE JAHR
JANUAR 1963

1

LUDWIG ROSENBERG

Zum Jahresbeginn

Der Beginn eines jeden Jahres gibt Veranlassung, über die zurückliegende Zeit eine Bilanz zu ziehen und gleichzeitig eine Vorausschau auf das zu versuchen, das uns in dem kommenden Jahre zu erwarten scheint.

Während der erste Teil dieser Aufgabe verhältnismäßig einfach ist — behandelt er doch Tatsachen, die man zwar verschieden beurteilen, aber schwerlich leugnen kann —, so ist der zweite Teil, die Vorschau, außerordentlich schwierig. Manche machen's sich leicht und begeben sich in den Bereich der Wahrsager, die entgegen ihrer eigentlichen Bezeichnung keine Gewähr dafür bieten können, daß sie tatsächlich „wahr“ sagen, da kein Mensch weiß, ob das, was sie voraussagen, auch wirklich eintritt. Aber der Wunsch des Menschen, wenigstens irgendwie die Zukunft vorzuahnen, gibt ihnen tatsächlich mehr Einfluß, als sie beanspruchen dürften.

Das ist nicht nur der Fall in der verhältnismäßig harmlosen Horoskoperei, ohne die heute beinahe keine Zeitung mehr auszukommen vermag, obwohl fast alle Leser der Horoskope sie ebenso regelmäßig lesen wie sie beteuern, daß sie ihnen nicht glauben — es ist auch so auf dem Gebiet der Politik und insbesondere der *Wirtschaftspolitik*.

Mit einer sonst in Prophezeiungen ungewöhnlichen Regelmäßigkeit verkünden zum Jahresbeginn die wirtschaftspolitischen Sterndeuter fürchterliche Katastrophen — und das seit vielen Jahren. Sie erklären — nachdem meist in den Dezemberrummern der gleichen Zeitungen das Gegenteil über das vergangene Jahr berichtet, als zu Beginn des Jahres vorausgesagt wurde — mit unbeeindruckter Beharrlichkeit erneut kommendes Unglück. Diese Prognosen sehen dann meist so aus, daß die an sich nicht ungünstige konjunkturelle Lage noch gerade im letzten Jahre zu halten war, daß aber nun endgültig der Umschwung kommt, der sich bereits in einzelnen Branchen klar abzeichne, und daß es nun künftig unmöglich sein werde, die „maßlosen und unvernünftigen“ Forderungen der Gewerkschaften zu bewilligen — denn das führe nunmehr gradewegs zum Ruin.

Wer wollte glauben, daß zu Beginn des Jahres 1963 die Kommentare und Prognosen der Zeitungen und Wirtschaftsredaktionen im allgemeinen anders aussehen werden als das 1962, 1961, 1960 usw. der Fall war?! Warum eigentlich auch?

Gibt es nicht viele Anzeichen, die unzweifelhaft darauf hindeuten, daß diesmal sicherlich mehr Anlaß zu solchen Prognosen besteht wie jemals zuvor? Ist es nicht wahr, daß sich in einzelnen Industrien die Konjunktur merklich abschwächte und daß unzweifelhaft die ausländische Konkurrenz stärker, merkbarer und wirksamer geworden ist als vorher? Trifft es nicht wirklich zu, daß es zweifellos schwieriger geworden ist, erhöhte Kosten auf die Preise abzuwälzen, und daß es darum geht, enger und kaufmännischer zu kalkulieren, als es in den vergangenen Jahren üblich geworden war? Macht sich nicht auf vielen Gebieten die Wirkung des Gemeinsamen Marktes bemerkbar?

Alle diese und viele andere Fragen können gewiß positiv beantwortet werden, und es besteht kein Zweifel, daß wir an einem Wendepunkt unserer wirtschaftlichen Entwicklung stehen. Ist das aber eine Erkenntnis, die wir am 1. Januar 1963 gewinnen mußten oder war das nicht schon seit Jahren vorauszusehen? Trifft es nicht zu, daß wir bereits in den Jahren 1957/58 klar erkennen konnten, daß diese ungewöhnliche Konjunkturlage Umständen zu verdanken war, die keineswegs für immer gültig bleiben konnten?

Und ist dieser Fragenkomplex mit der einfachen Formel zu beantworten, daß es vor allen Dingen an den *Gewerkschaften* und ihrem Verhalten liegt, ob sich die Dinge zum Schlechten oder Guten entwickeln?

Die wirtschaftspolitischen Sterndeuter haben sich in allen diesen Jahren auf Prognosen beschränkt, die durch maßlose Übertreibungen, einseitige Beurteilung und böswillige Vereinfachungen dazu führen mußten, daß sie mit den dann tatsächlich eintretenden Ereignissen nicht übereinstimmten. Ihr Übereifer, eine bestimmte Meinung mit angeblich sachlicher Prognose beweisen zu wollen, erwies sich — was nicht überraschend ist — als Fehlschätzung. Mit dem im voraus festgelegten Resultat „die Gewerkschaften sind schuld“ und „wenn sie's noch nicht sind, werden sie's werden“, gingen sie an ihre „sachliche“ Prüfung, die deshalb ebenso dumm wie unwahr sein mußte.

Anstatt die für jeden vernünftigen Menschen erkennbare Tatsache festzustellen, daß alle die Faktoren, die zu der vorher herrschenden ungewöhnlichen und anomalen Konjunktur beigetragen haben, in absehbarer Zeit nachlassen oder ganz fortfallen müssen; und anstatt daraus für die gesamte Wirtschaft die Konsequenzen zu ziehen, haben sie ihre Leidenschaft gegen gewerkschaftliche Forderungen über die Vernunft und Sachlichkeit immer wieder siegen lassen und falsche Prognosen gestellt, weil sie von falschen Vorstellungen ausgingen.

Auch in diesem Jahr wird es wieder so sein. Auch diesmal wird man neben allgemein unverbindlichen Erklärungen über größere Anstrengungen der Industrie vor allem sehr klare und sehr verbindliche Erklärungen darüber lesen und hören, warum und wieso also jetzt Schluß sein müsse mit den Forderungen der Gewerkschaften. Längst überlebte und tausendmal widerlegte Ladenhüter — wie das Verhältnis von Lohnsteigerungen und Produktivitätszuwachs — werden wieder in alter Primitivität und ohne jede Einschränkung aufgetischt werden, und man brauchte das alles gar nicht erst zu lesen, weil man es genauso schon vor Jahren las.

Über all diesem sich ernsthaft und wissenschaftlich gebärdenden Unsinn soll vergessen werden, worum es eigentlich geht. Schon seit Jahren geht es darum, eine klare wirtschaftspolitische Konzeption zu entwickeln und danach zu handeln. Das an Gebetsmühlen erinnernde Wiederholen des „Segens der Marktwirtschaft“ ersetzt keine Konzeption. Die naiven Ermahnungen zu gutem Verhalten ersetzen keine Funktion einer Regierung. Das alberne Spiel, dem einen oder anderen den „Schwarzen Peter“

zuzuschieben, ist kein Ersatz für die mangelnde Vorstellung, was man will, wie man es will, und welche Mittel man dafür benutzen will.

Die Regierung und die Mehrheit des Parlaments hat gerade im vergangenen Jahr auf fast allen Gebieten mit Erfolg bewiesen, wie man Regierung sein kann, ohne zu regieren. Soweit es sich um Fragen der Wirtschaftspolitik und der Sozialpolitik handelt, hat sie sich dabei besonderen Eifers befleißigt, diese Untätigkeit unter Beweis zu stellen.

Die zu erwartenden Schwierigkeiten und konjunkturellen Veränderungen, die den Gewerkschaften und zahllosen anderen seit mindestens vier bis fünf Jahren im Grundsätzlichen bekannt sind, werden sich weiter verstärken. Das war vorauszusehen und ist keineswegs neu. Keineswegs neu ist ferner, daß man sie nur überwinden wird, wenn man sich rechtzeitig Vorstellungen darüber macht, wie und mit welchen Mitteln man ihnen begegnen will.

Die Gewerkschaften haben das seit 1957/58 immer wieder und eindeutig verlangt. Geschehen ist absolut nichts.

Es sind nun zu Beginn dieses Jahres einfach und schlicht folgende Fragen zu stellen:

Ist die Regierung bereit, aus einer Situation, die sie seit mindestens vier bis fünf Jahren voraussehen konnte, nun wenigstens jetzt die Konsequenzen zu ziehen? Ist sie bereit, eine klare Konzeption zu entwickeln, wie Vollbeschäftigung, Erhaltung der Konjunktur in normalem Umfang, Strukturbereinigungen in der Wirtschaft — einschließlich der Landwirtschaft — und im Rahmen dieser Vorhaben Steigerung der Einkommen und weiterer Ausbau der sozialen Sicherheit und das Problem einer gerechten Vermögensverteilung gelöst werden können?

Ist die Regierung bereit, dafür schnellstens die notwendigen Voraussetzungen durch die Erstellung und Zurverfügungstellung der sachlichen Unterlagen zu schaffen?

Ist die Regierung bereit, nach Diskussion und Feststellung der Ziele alle in der Verfassung ihr gegebenen Mittel einzusetzen, um ihrerseits die Erreichung dieser Ziele zu fördern?

Diese einfachen, klaren und notwendigen Fragen stellen und die Antwort hören ist eins.

Die Antwort: „Mich wird niemand dazu bekommen, dem Dirigismus, der zwangsläufig zur Planwirtschaft und kollektivistischer Zwangswirtschaft führt, auch nur einen Finger zu reichen!“ — So wird man aus Bonn oder gelegentlich irgendeiner Messeeröffnung hören. *Die Kunst der Politik scheint demnach darin zu bestehen, nichts zu tun.*

Und die anderen?! — Wir werden alles tun, um die Preise zu halten. Sollte dies aber nicht gelingen, so liegt das daran, daß man in der Konkurrenz mit dem Ausland (das ja bekanntlich immer die niedrigsten Löhne, die längsten Arbeitszeiten, die wenigsten Feiertage und die vernünftigsten Gewerkschaften hat!) nicht mitkann, solange bei uns die Monopolmacht der Gewerkschaften uns erpreßt, freiwillig 20 vH höhere Löhne zu zahlen, als tariflich ausgemacht sind. Das geht an die Gewinne; und die können wir nicht kürzen ohne Gefahr für die gesamte Wirtschaft.

Und dann wären wir wieder da, wo wir jedesmal am Anfang eines Jahres waren. Und dann geschieht wieder nichts.

Und inzwischen verändert sich die Situation weiter. Sie verschlechtert sich sogar vielleicht — nicht, weil es so sein muß, sondern weil es immer schlechter wird, wenn man nichts tut.

Wenn man im Regen grundsätzlich und aus Gesinnung keinen Regenschirm trägt, wird man ganz sicherlich naß werden. Solche Leute hat es zu Kaiser Wilhelms Zeiten gegeben. Sie haben sich allerdings nicht darüber beschwert, daß sie naß wurden — sie

wollten es sogar und fanden es männlich. Heute findet man das dämlich. Aber, wie gesagt, sie waren jedenfalls so fair, daß sie nicht andere dafür verantwortlich machten. Was für den einzelnen eine Schrulle sein mag, deren Konsequenzen er selbst trägt, ist für ein Volk und eine Wirtschaft keine komische Eigenart mehr. Wenn es bei uns allen in die Konjunktur hineinregnet, kann man sich nicht auf Grundsätze berufen. Für das Dogma der Marktwirtschaft will keiner stempeln gehen.

Die lieb gewordenen Gewohnheiten der Unternehmer in Kalkulation und Selbstfinanzierungsmethoden, in Preisgestaltung und Handelsgewohnheiten zu erhalten, das will niemand mit Minderung des Lebensstandards und Verzicht auf mögliche soziale Fortschritte erkaufen.

Die Zeit verlangt, daß die Regierung endlich das tut, was man von jedem Kaufmann, ja von jeder Hausfrau verlangt: daß sie endlich weiß, was sie sich für Ziele setzt und wie sie sie verwirklichen will. Sie hat die Pflicht, diese selbstverständlichste Aufgabe aller Regierungen zu erfüllen. Sie hat sich diese Pflicht zu stellen. Es darf nicht zugelassen werden, daß sie — wie bisher — allen diesen Entscheidungen mit allgemeinen Phrasen ausweicht und in Wirklichkeit denen, die sie so gern als „die Wirtschaft“ bezeichnet, die Entscheidungen überläßt. Wenn die Wirtschaftsverbände und die Gewerkschaften alle diese Aufgaben übernehmen sollen, die man ihnen in öffentlichen Reden gern zuschieben möchte, dann brauchen wir keine Regierung und kein Parlament. Denn das wäre der Ständestaat, und als neuester „Stand“ kämen die Gewerkschaften zu den übrigen hinzu.

Diese Verbände, so wichtig ihre Rolle in einem demokratischen Staat auch sein mag, können nicht an die Stelle der Regierung und des Parlaments treten. Wenn man immer wieder sagt: man könne doch das Schicksal des Volkes nicht den Verbänden ausliefern, so ist das eine Anklage, die ins Leere trifft. Niemand hat bisher verlangt, daß die Gewerkschaften oder die Unternehmerverbände regieren sollten. Wenn die Unternehmer durch persönliche und andere Verbindungen ihren Einfluß über Gebühr geltend machen können, so ist das Schuld der Regierung, die offenbar bereit ist, sie als die einzigen anzusehen, die über wirtschaftliche Fragen sachkundig zu urteilen vermögen. Wenn die Regierung sich dem Votum der Unternehmer gefügig zeigt, ist das nicht einmal die Schuld der Unternehmer, sondern die der Regierung, die offenbar zugunsten der Unternehmer auf eigene Konzeptionen und ihre Durchsetzung verzichtet. Die Gewerkschaften können jedenfalls allzu großes Entgegenkommen der Regierung ihnen gegenüber nicht feststellen. Ihr Einfluß kann also an der Konzeptionslosigkeit der Regierung nicht schuld sein.

Im Gegenteil: Wir haben verlangt, daß ein Sachverständigengremium von unabhängigen Experten gebildet wird, das sich mit diesen Fragen beschäftigt. Wir haben gefordert, daß auf Grund dieses Gutachtens die Regierung und das Parlament die politische Entscheidung über Ziel und Weg der Wirtschaftspolitik für die kommende Zeit festlegen. Das war 1958 im März! Heute ist Januar 1963! Wer hat das Zustandekommen dieses Gremiums und dieser politischen Entscheidung verhindert? Die Gewerkschaften etwa? Oder der Bundeskanzler und die Herren vom Bundesverband der Deutschen Industrie?

Welche erstaunlichen Mühen wurden aufgewandt, um immer wieder das Zustandekommen dieser Vorhaben zu verhindern, welche kunstvollen Intrigen wurden gesponnen, um zu verhindern, daß etwas geschieht. Wie krampfhaft hat man sich bemüht, daß die „Sachlichkeit“, die man unentwegt forderte, niemals Wirklichkeit wurde.

Und welche Anstrengungen wurden gemacht, eine Situation zu verhindern, in der auf Grund klarer politischer Zielsetzung ein Rahmen gegeben wäre, innerhalb dessen sich Unternehmer und Gewerkschaften, alle Gruppen und Interessen zu bewegen hätten.

ZUM JAHRESBEGINN

Ja, wenn man so etwas erfinden könnte, das *nur* die Gewerkschaften beenzt, dann wäre es längst Wirklichkeit geworden. Man hat es nicht gefunden und man wird es nicht finden — und wenn man es erfinden wollte, was auch schon versucht worden ist, wird es nicht gelingen.

In keinem Fall wird man so die Probleme lösen, die unwiderruflich auf uns zukommen.

Man wird sie entweder so lösen, wie allein sie gelöst werden können: durch eine klare Zielsetzung und die Anwendung geeigneter Mittel durch Parlament und Regierung — oder man wird weiterwursteln und das dann grundsatztreue Politik nennen, wie bisher.